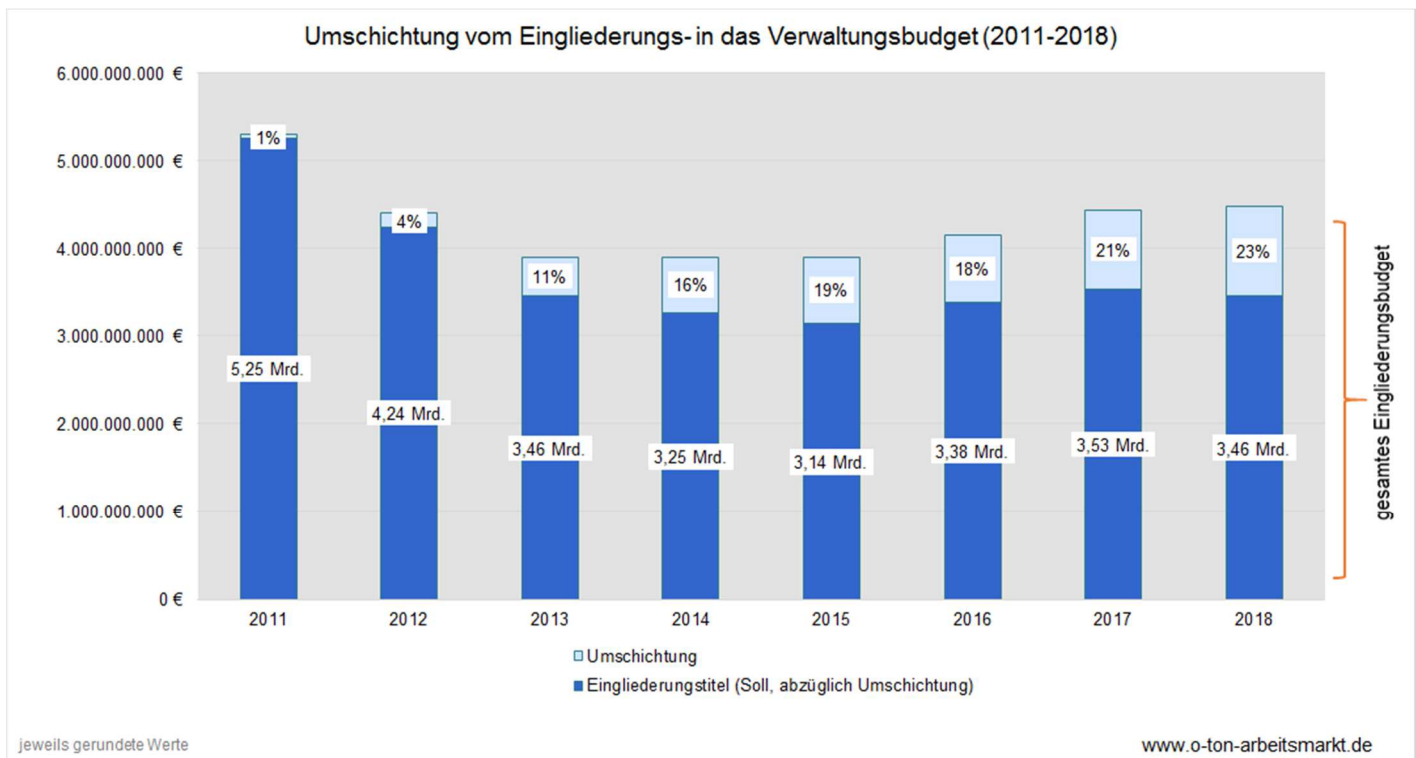


Über eine Milliarde Euro Umschichtung: Jobcenter stopfen Löcher im Verwaltungshaushalt mit Fördergeldern

19. Februar 2019

Über eine Milliarde Euro, also 23 Prozent der Fördergelder, verwendeten die Jobcenter 2018 nicht wie vorgesehen für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen. Stattdessen widmeten sie die Gelder in ihren Verwaltungshaushalt um, wie aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken-Abgeordneten Sabine Zimmermann hervorgeht. Das ist ein neuer Rekord.

Seit Jahren nutzen die Jobcenter horrende Summen der Eingliederungsmittel, mit denen eigentlich arbeitsmarktpolitische Maßnahmen für Menschen im Hartz IV-System finanziert werden sollen, um ihre Verwaltungskosten zu decken. Im Jahr 2018 wuchs die Umschichtung auf 1,03 Milliarden Euro an. 23 Prozent – also fast jeder vierte Euro – des Eingliederungsetats wurde damit nicht für den ursprünglichen Zweck genutzt. Im Vorjahr wurden rund 911 Millionen Euro beziehungsweise 21 Prozent umgeschichtet, 2011 waren es noch 49 Millionen beziehungsweise knapp ein Prozent der Mittel für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen. Die Berechnungen gehen aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Schriftliche Frage der Abgeordneten Sabine Zimmermann (Die Linke) im Bundestag hervor.



Aufstockung des Eingliederungsbudgets

Der Haushalt für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ist seit 2016 jedes Jahr gewachsen. Hierauf verweist auch die Bundesregierung in ihrer Antwort. Um insgesamt vier Milliarden Euro solle der Eingliederungshaushalt bis 2022 aufgestockt werden. Umgesetzt wurde diese Ankündigung in den Haushalten von 2018 und auch 2019 jedoch nicht: 2018 wurden die

veranschlagten Fördermittel in der Grundsicherung gegenüber 2017 um nur 42 Millionen Euro und im Jahr 2019 um 461 Millionen Euro aufgestockt ([O-Ton berichtete](#)).

Umschichtung vom Eingliederungs- in das Verwaltungsbudget (2011-2018)

Haushaltsjahr	Eingliederungsmittel (Soll)	Verwaltungsmittel (Soll)	Eingliederungsmittel (Ist)	davon Umschichtung	in Prozent
2011	5,300 Milliarden	4,290 Milliarden	4,445 Milliarden	49 Millionen	1%
2012	4,400 Milliarden	4,050 Milliarden	3,751 Milliarden	159 Millionen	4%
2013	3,900 Milliarden	4,049 Milliarden	3,534 Milliarden	445 Millionen	11%
2014	3,903 Milliarden	4,046 Milliarden	3,420 Milliarden	650 Millionen	16%
2015	3,903 Milliarden	4,042 Milliarden	3,234 Milliarden	767 Millionen	19%
2016	4,146 Milliarden	4,366 Milliarden	3,368 Milliarden	766 Millionen	18%
2017	4,443 Milliarden	4,436 Milliarden	3,659 Milliarden	911 Millionen	21%
2018	4,485 Milliarden	4,455 Milliarden	*)	1,030 Milliarden	23%

*) noch nicht öffentlich, die Eingliederungsbilanzen liegen voraussichtlich im dritten Quartal 2019 vor

www.o-ton-arbeitsmarkt.de

Steigende Umschichtung – trotz höherem Verwaltungsetat und weniger Hartz-IV-Beziehern

Die Bundesregierung weist auch auf die jährlichen Aufstockungen im Verwaltungshaushalt und vor allem die massive Erhöhung um knapp 545 Millionen Euro für 2019 hin. Im Jahr 2018 war der Verwaltungshaushalt im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 119 Millionen Euro kräftig aufgestockt worden. Die Plünderung der Eingliederungs- zugunsten der Verwaltungsmittel konnte diese Erhöhung des Verwaltungsbudgets nicht stoppen. Vor allem angesichts des sinkenden Hartz-IV-Bezugs stimmen die immer höheren Verwaltungskosten nachdenklich ([O-Ton berichtete](#)).

von *Lena Becher*

Zum Weiterlesen:

[Schriftliche Fragen im Februar 2019, Arbeitsnummern 14 und 15, Antwort der Staatssekretärin Anette Kramme vom 11. Februar 2019.](#)

[Deutscher Bundestag, Antwort der Staatssekretärin Anette Kramme auf Schriftliche Frage der Abgeordneten Sabine Zimmermann \(Die Linke\), Schriftliche Fragen mit den in der Woche vom 22. Mai 2018 eingegangenen Antworten der Bundesregierung, 22. Mai 2018, BT-Drs. 19/2334.](#)

[Umschichtung von Mitteln bei den Jobcentern im Jahr 2016, Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, 04.07.2017, BT-Drs. 18/13066.](#)

[Deutscher Bundestag, Antwort des Staatssekretärs Jörg Asmussen auf Schriftliche Frage der Abgeordneten Brigitte Pothmer \(Bündnis 90/Die Grünen\), Schriftliche Fragen mit den in der Woche vom 17. Februar 2014 eingegangenen Antworten der Bundesregierung, 21. Februar 2014, BT-Drs. 18/640.](#)